

# VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

OKTOBER 2018

## WÄHLEN GEHEN!



**Thorsten Schäfer-Gümbel,**  
SPD-Landes- und Fraktions-  
vorsitzender

Der Wahltag und damit der Tag der Wahrheit ist am 28. Oktober. An diesem Tag haben die Wählerinnen und Wähler in Hessen die Möglichkeit, ihr Urteil über die Politik der vergangenen fünf Jahre abzugeben und die Parteien, die nach ihrer Meinung die drängendsten Probleme im Land lösen können, mit einem Vertrauensbonus für die kommende Legislaturperiode auszustatten.

Nach 19 Jahren Stillstand bei den großen Themen wie Wohnen, Mobilität und Bildung haben viele Menschen längst genug von der CDU-geführten Landesregierung, die sich weit von der Realität im Land entfernt hat. Schwarz-Grün hat in allen Umfragen und Prognosen vor der Wahl keine Mehrheit der Sitze im künftigen Hessischen Landtag. Der SPD werden große Kompetenzvorsprünge durch die befragten Bürgerinnen und Bürger in den entscheidenden Problembereichen wie Bildung und Wohnen zugeschrieben. Wir kämpfen bis zur Schließung der Wahllokale darum, deutlich zu machen, dass nur eine SPD-geführte Landesregierung hier etwas bewegen wird.

In den vielen Begegnungen, die ich mit den Menschen in Wahlkampfveranstaltungen und auf der Straße hatte, haben diese gespürt, dass wir ihre Alltagsprobleme ernst nehmen.

Ich möchte mich bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Kandidatinnen und Kandidaten und nicht zuletzt bei den Mitgliedern meines Regierungsteams herzlich für den großen Einsatz im Wahlkampf bedanken.

Zuletzt möchte ich an Sie und Euch appellieren: Geht zur Wahl, nehmt Euer Stimmrecht in Anspruch, nehmt Familie und Freunde mit und macht Schluss mit 19 Jahren Stillstand von CDU-geführten Landesregierungen.

*Th. Schäfer-Gümbel*

WIR MÖCHTEN UNS  
GANZ HERZLICH  
BEI ALL UNSEREN  
WAHLKÄMPFER-  
INNEN UND WAHL-  
KÄMPFERN FÜR  
IHREN GROSS-  
ARTIGEN EINSATZ  
IN DEN LETZTEN  
WOCHEN  
UND MONATEN  
BEDANKEN.

## WENN ALLES MÖGLICH SCHEINT

„VORFAHRT FÜR DEN WECHSEL“-TOUR

Es ist noch dunkel, als Thorsten Schäfer-Gümbel am Montag, zwei Wochen vor der Wahl, in seinen Wahlkampfbus steigt. An diesem ersten Tag seiner „Vorfahrt für den Wechsel“-Tour beginnt seine Reise quer durch Hessen. Nicht, dass lange Strecken für ihn etwas Besonderes sind, denn der Spitzenkandidat der hessischen SPD nimmt jeden Tag viele Kilometer auf sich. Entweder um in den Landtag oder zu Terminen in ganz Hessen zu kommen. Das ist ihm wichtig, denn: „Vertrauen gewinnen wir nur zurück, wenn wir wieder zuhören“, erklärt er. Das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern wird seiner Ansicht nach deshalb in den kommenden Jahren noch

wichtiger werden. Gut für ihn, denn das ist es, was er gut kann: Zuhören und die Probleme der Menschen ernst nehmen. Nach diesem Motto ist auch seine zweiwöchige Tour aufgebaut. Es geht über Marktplätze, durch Cafés und zu zentralen Punkten, an denen sich Menschen in der Stadt und auf dem Land treffen. Dabei schreckt er auch nicht davor zurück, dorthin zu gehen, wo die SPD massiv an Stimmen verloren hat. Er diskutiert, erklärt seine Ideen für Hessen und macht Zusagen zu weiteren Treffen. „Nur so können wir der Politikverdrossenheit begegnen und die Wählerinnen und Wähler zurückholen“, sagt Schäfer-Gümbel.

Fortsetzung auf Seite 2



Thorsten Schäfer-Gümbel ist nicht nur politisch sondern auch privat ein Teamplayer.

## SPD TRAUERT UM PETER HARTHERZ

Die hessische SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband Hessen trauern um den früheren Landtagsabgeordneten Peter Hartherz, der im Alter von 78 Jahren verstorben ist. „Mit ihm verlieren wir einen verlässlichen Freund, der sich über Jahrzehnte für die Anliegen der hessischen SPD eingesetzt hat. Als Landtagsabgeordneter von 1974 bis 1995 galt sein Augenmerk besonders der Entwicklung des ländlichen Raums. Als gewählter Schatzmeister der hessischen SPD von 1986 bis 1999 hat er maßgeblich die Organisationskraft der hessischen SPD gestärkt und dazu beigetragen, dass Hans Eichel 1991 Hessischer Ministerpräsident wurde. Peter Hartherz hat sich dabei nicht in den Vordergrund gedrängt, sondern seine Aufgabe, die Schlagkraft der SPD zu sichern, immer über seine Person gestellt“, würdigte Thorsten Schäfer-Gümbel Hartherz. Peter Hartherz war mit seiner ruhigen, sachlichen Art ein wertvoller Ratgeber, der sich beharrlich und unaufgeregt in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken und trauern mit seiner Ehefrau und der ganzen Familie.



# WENN ALLES MÖGLICH SCHEINT

## „VORFAHRT FÜR DEN WECHSEL“-TOUR

Fortsetzung von Seite 1

Immer wieder erklärt er in Gesprächen, dass es am Ende nicht um Personen geht, auch wenn manche Plakate zurzeit den Eindruck vermitteln. „Es geht darum, dass Menschen sich am Ende nicht allein gelassen fühlen, und dass sich Türen öffnen. Chancen zu ermöglichen, das ist das Wichtigste. Und darauf muss Politik endlich wieder ausgerichtet sein, damit sich niemand allein gelassen fühlt – weder in der Wohnraumfrage noch bei der



Im direkten Gespräch überzeugen: Generalsekretärin Nancy Faeser beim Straßenwahlkampf.

## Zwei Wochen hat sich Dr. Annette Gümbel freigenommen, um ihren Mann zu unterstützen.

Bildung, oder wenn man irgendwo einen Job sucht. Das ist der Anspruch, den ich habe, und ich weiß, wie groß diese Aufgabe ist.“ Er geht seine Arbeit mit viel Demut an, sehr konzentriert – auch das zeigt sich immer wieder in den vielen Gesprächen mit den hessischen Bürgerinnen und Bürgern. Dabei ist seine Frau Annette Gümbel an seiner Seite, tourt mit ihm durch Hessen und weiß: „Mein Mann hält sein Wort. Er ist ein Teamplayer. Deshalb wäre er auch ein guter Ministerpräsident.“ Es ist schon lange dunkel, als die beiden wieder zu Hause eintreffen. Aber, es sind diese Tage, an denen alles möglich scheint und an denen die SPD wieder ein bisschen träumen darf. ■

## TALK MIT TSG

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL PERSÖNLICH UND POLITISCH

In den letzten zwei Wochen vor der Wahl setzt der Spitzenkandidat der hessischen SPD nicht nur auf seine Bustour durch Hessen, sondern lädt auch zu fünf Talkrunden ein. „Talk mit TSG. Thorsten Schäfer-Gümbel persönlich und politisch“ heißt das Format und sollte Schäfer-Gümbel von einer noch persönlicheren Seite zeigen. Bei entspannten Gesprächsrunden hatten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, den Spitzenkandidaten von einer ganz anderen Seite kennenzulernen. Einige Wegbegleiter und seine Frau Dr. Annette Gümbel waren deshalb Talkgäste, um ihre ganz eigene Sicht auf Schäfer-Gümbel mit dem Publikum teilen zu können. Dabei ging es an diesen Abenden um Fragen anderer Art: Wo kommt Thorsten Schäfer-Gümbel her, und wo möchte er hin? Wofür steht der Spitzenkandidat der SPD, und wie haben seine eigenen Erfahrungen im Leben seine Sicht auf die richtige Politik geprägt? Seine Frau Annette und er plauderten hier und da spontan aus dem Nähkästchen. Die Stimmung war

vertraut und erinnerte an Gespräche aus dem eigenen Wohnzimmer. Dazu trugen einerseits die Lokalitäten bei, die bewusst gewählt wurden, andererseits auch die persönlichen Weggefährten und Land-

tagskandidatinnen und -kandidaten vor Ort, die dem Ehepaar an den verschiedenen Abenden unterstützend zur Seite standen. Der Moderator Dirk Schäfer begleitete die Talks. ■



Ein etwas anderes Talk-Format: Fünf Veranstaltungen, die persönliche und politische Einblicke in das Leben von TSG gewährten.

# ROTER FRAUENSALON

An meinem Namen kann man erkennen, was eine moderne Partnerschaft für mich bedeutet“, begrüßte Thorsten Schäfer-Gümbel wenige Tage vor der Wahl zum „Roten Frauensalon“ in Frankfurt. Vor knapp 100 Jahren erhielten Frauen in Deutschland das Recht, wählen zu gehen und gewählt zu werden. Frauen und Wahlrecht – ein Thema, das auch heute noch lockt. Rund 70 Interessierte waren deshalb der Einladung zu einer Führung durch die Ausstellung „Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Historischen Museum Frankfurt mit anschließender Talkrunde gefolgt. Nach Ende des Ersten Weltkrieges hatten sich Frauen starkgemacht für ihre Rechte und protestierten mit Flugblättern, der Gründung von Frauenvereinen, eigenen Zeitungen und vielen Diskussionen. Am 30. November 1918 wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland schließlich Wirklichkeit. Doch vollständige Gleichberechtigung entstand dadurch natürlich bei Weitem nicht. Auch heute noch sind Frauen in vielen Bereichen nicht so vertreten wie Männer. „Auf unserer Kandidatenliste zur Landtagswahl am 28. Oktober stehen zwar mehr Frauen als Männer, aber das heißt nicht, dass das überall so ist. Vor



**Auch wenn das Frauenwahlrecht vor nunmehr 100 Jahren eingeführt wurde, die Gleichberechtigung der Geschlechter ist immer noch ein wichtiges Thema.**

allem in der derzeitigen Landesregierung gibt es viele frauenfreie Zonen“, betonte Schäfer-Gümbel in der Talkrunde. Deswegen setzte er sich für ein echtes Gleichberechtigungsgesetz in Hessen ein, damit Frauen beispielsweise auch im öffentli-



**„Für eine echte Gleichberechtigung müssen die Rahmenbedingungen stimmen.“**

chen Dienst vorankommen. Die Landtagskandidatin Andrea Gerlach moderierte den Abend. Mit dabei waren außerdem Dr. Annette Gümbel und einige der weiblichen Mitglieder des Regierungsteams. In entspannter Atmosphäre antwortete der Spitzenkandidat auf Fragen. „Für eine echte Gleichberechtigung müssen vor allem die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören für mich an erster Stelle Lohngleichheit, flexible Rückkehrmodelle, ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuung und ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich“, führte Schäfer-Gümbel seine Überzeugungen aus. Sein Ziel: in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft mehr Frauen in Führungspositionen bringen. ■

## DIE RICHTIGEN ANTWORTEN AUF DIE RICHTIGEN FRAGEN

### TSG ÜBERZEUGT IM TV-DUELL

Inmitten der heißen Wahlkampfphase fand das einzige TV-Duell zwischen Thorsten Schäfer-Gümbel und Volker Bouffier statt. In allen wichtigen Fragen, ob im Wohnungsbau, in der Bildungspolitik oder im Bereich der Mobilität, überzeugte Schäfer-Gümbel mit den Konzepten der SPD und seines Hessenplans+. Im Gegensatz dazu wirkt der Amtsinhaber ausgeleugert, ideen- und kraftlos. Er zieht sich aus der Verantwortung. Explodierende Mieten lägen nicht im Verantwortungsbereich der schwarz-grünen Landesregierung. Hin-

gegen kündigt der Spitzenkandidat der hessischen SPD den Bau von 60.000 Wohnungen für Normal- und Geringverdiener in den ersten zehn Jahren SPD-Regierung an. Dazu weitere 10.000 Wohnungen für Auszubildende und Studierende. Während unter CDU-Regierung rund 60.000 Wohnungen privatisiert wurden, kann Schäfer-Gümbel stolz darauf sein, noch nie seine Hand für eine Wohnungsprivatisierung gehoben zu haben.

Der Frage nach Unterrichtsausfall an hessischen Schulen kann sich Bouffier

an diesem Abend nicht mehr entziehen. Erstmals gesteht er ein, dass es Unterrichtsausfall gibt, kann allerdings keine Lösungsansätze aufweisen. Auch hier benennt Schäfer-Gümbel entscheidende Maßnahmen: mehr Lehrerinnen und Lehrer, Bürokratie entrümpeln, mehr Wertschätzung für den Lehrerberuf, was auch heißt, endlich Schluss mit den Befristungen zu machen. Mit Thomas Schwarze würde Thorsten Schäfer-Gümbel endlich einen Praktiker an die Spitze des Kultusministeriums setzen, der die Probleme nicht ignoriert, sondern löst.

Während sich Bouffier zunehmend in abwehrenden Floskeln verliert, setzt Schäfer-Gümbel betont gelassen kompetente und sachliche Antworten entgegen: ob beim Thema Verkehr und Infrastruktur oder bei den Straßenausbaubeiträgen. Das TV-Duell ist ein Abend, der die SPD darin bestätigt, die richtigen Themen im Wahlkampf gesetzt zu haben. Während die CDU und Volker Bouffier keine Ideen für die Zukunft haben, nimmt die SPD die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und gibt Antworten auf die wichtigen Fragen. ■



**Das einzige TV-Duell vor der hessischen Landtagswahl gewann Thorsten Schäfer-Gümbel mit klaren und überzeugenden Argumenten.**

### „RESPEKT? JA, BITTE!“

„Gewalttätige Übergriffe auf Feuerwehrangehörige und Einsatzkräfte im Allgemeinen, haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Deshalb haben wir uns selbstverständlich bereit erklärt, die Kampagne der Feuerwehrgewerkschaft mit einem Beitrag zu unterstützen“, erklärte die Generalsekretärin der SPD Hessen, Nancy Faeser, in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des Landesverbands Hessen der Feuerwehrgewerkschaft, Sven Ziegler und dem Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, Sven Gerich, die Unterstützung der Kampagne der Feuerwehrgewerkschaft.



„Wichtig ist, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu entfachen und ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen. Kindern und jungen Menschen zu vermitteln, wie wichtig Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst für unsere Gesellschaft sind, ist ein erster Schritt, den zunehmenden Angriffen entgegenzuwirken. Zudem braucht es unter anderem eine deutliche Unterstützung durch die Dienstvorgesetzten. Vorfälle dürfen nicht verharmlost werden. Die Ermittlungsbehörden und Gerichte müssen die Täter konsequent strafrechtlich verfolgen. Nach Übergriffen sollen die Betroffenen eine verbesserte Betreuung von ihren Dienstherren erhalten.“

„Wir nehmen das Thema sehr ernst und haben insbesondere eine Verpflichtung gegenüber Rettungskräften, die sich für andere in schwierige Lebenslagen und Notsituationen einsetzen. Deswegen sind wir alle gemeinsam gefordert“, sagte Faeser abschließend. ■

DIREKTWAHLEN  
SPD IN HESSEN –  
28. OKTOBER 2018

**Baunatal:**  
**Engler, Silke**

**Breidenbach:**  
**Felkl, Christoph**

**Butzbach:**  
**Merle, Michael**

**Büttelborn:**  
**Merkel, Marcus**

**Edertal:**  
**Mörschler, Marco**

**Freigericht:**  
**Dr. Eitz, Albrecht**

**Friedewald:**  
**Noll, Dirk**

**Gilsberg:**  
**England, Thorsten**

**Hasselroth:**  
**Benzing, Christian**

**Hohenstein:**  
**Bauer, Daniel**

**Langgöns:**  
**Zeaiter, Sabrina**

**Landkreis Limburg-Weilburg:**  
**Sauer, Jörg**

**Melsungen:**  
**Riedemann, Timo**

**Reiskirchen:**  
**Stark, Anja**

**Wehretal:**  
**Freitag, Thomas**

# WIR PACKEN ES SOFORT AN

## SPD STELLT 100-TAGE-PROGRAMM VOR

Die hessische SPD hat ein ambitioniertes Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre vorgelegt. Mit der Vorstellung der Bausteine für die ersten 100 Tage Regierungszeit will die hessische SPD zeigen, welche Schwerpunkte sie zuerst setzen wird. Im Zentrum steht dabei der Anspruch, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebenschancen zu bieten. Denn Teilhabe darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort. „Dafür stehen wir. Das treibt uns an“, erklärt Spitzenkandidat Schäfer-Gümbel die Vorhaben. Die wichtigsten Vorhaben der ersten 100 Tage Regierungszeit im Überblick:

1. Aktionsprogramm für bezahlbare Wohnungen: 100 Mio. EUR für den geförderten Wohnungsbau, Deckelung der Mietsteigerungen auf 1 % pro Jahr in allen Wohnbauunternehmen mit Landesbeteiligung.
2. Wir schaffen die Grundlage für eine Bauoffensive im geförderten und frei finanzierten Wohnungsbau in Hessen.
3. Wir machen Krippen, Kindertagesstätten und Tagespflege kostenfrei.
4. Wir legen ein Sofortprogramm gegen den Lehrkräftemangel auf. Alle ohne Grund befristet eingestellte Lehrerinnen und

Lehrer kommen noch in unbefristete Arbeitsverhältnisse.

5. Wir gehen den Stau an. Dafür braucht das Rhein-Main-Gebiet einen schienengebundenen Ringverkehr.

6. Wir führen zusammen mit den Verkehrsverbänden ein bezahlbares Ticket für alle ein – für das ganze Land und für das ganze Jahr.

7. Wir stoppen die drohenden Dieselfahrverbote.

8. Wir entlasten die Anwohner und schaffen Straßenausbaubeiträge ab.

9. Wir beenden die Benachteiligung der Landesbeschäftigten, bringen einen Pakt für Beschäftigung auf den Weg und führen die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug ein.

10. Wir setzen der schlechten gesundheitlichen Versorgung auf dem Land etwas entgegen und schaffen 100 Gemeindegeschwister-Plus-Stellen in Hessen.

11. Wir fördern moderne Arbeit und gehen mit dem Landesdienst voran: mobiles Arbeiten und Rückkehr zu Behördenstandorten im ländlichen Raum. ■



Elf Dinge wird eine SPD-geführte Landesregierung sofort anpacken.

## SOFORTPROGRAMM GEGEN ÄRZTEMANGEL

### MISSTÄNDE IN STADT UND LAND BEHEBEN

Der ländliche Raum wird zunehmend abgehängt. Dem stellt sich die hessische SPD entschieden entgegen. Eine der drängendsten Aufgaben: Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung. Dazu hat die SPD ein umfassendes Sofortprogramm für Gesundheit vorgelegt. Thorsten Schäfer-Gümbel und die Abgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin Dr. Daniela Sommer warfen der CDU-geführten Landesregierung vor, dass diese in den vergangenen Jahren bei dem so wichtigen Thema „geschlafen“ habe. „Die flächendeckende ärztliche Versorgung in Hessen ist gefährdet. Wir haben mittlerweile in Hessen einen Ärztemangel, sowohl im ländlichen Raum als auch in städtischen unterversorgten Gebieten. Das leugnet Schwarz-Grün und möchte es nicht wahrhaben“, erklärte Schäfer-Gümbel bei der Vorstellung des Sofortprogramms. „Auch in anderen Bereichen herrschen Missstände: Die Versorgung mit Apotheken, eine angemessene Erreichbarkeit von Krankenhäusern, die ausreichende Versorgung mit Heb-

ammen“, ergänzt der SPD-Chef. Dies alles müsse zügig angegangen werden: „Das wird eine Landesregierung unter meiner Führung auch tun!“

Ein weiterer entscheidender Punkt seien Änderungen im Medizinstudium. „Wir haben im Moment an den hessischen Hochschulen rund 1.000 Studienplätze

für die Humanmedizin. Wir wissen aber heute schon, dass wir mit diesen Plätzen den Bedarf an zukünftigen Ärztinnen und Ärzten nicht werden decken können“, schildert Dr. Sommer. Deshalb setze sich die SPD für eine Erhöhung der Studienplätze ein und strebe zusätzliche Veränderungen im Ablauf des Medizinstudiums an. „Die Vorschläge und Inhalte des Sofortprogramms wollen wir mit allen Beteiligten erörtern und dann umsetzen“, betonte Schäfer-Gümbel. ■



Der ländliche Raum darf nicht weiter abgehängt werden: Dazu gehört vor allem eine ausreichende ärztliche Versorgung.

# BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT

Die Bekämpfung von Kinderarmut hat für die SPD höchste Priorität. Vor diesem Hintergrund haben der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und der sozial- und familienpolitische Sprecher, Gerhard Merz, einen umfangreichen Katalog mit Maßnahmen vorgelegt, die Familien entlasten, Teilhabe ermöglichen, die Prävention stärken und die handelnden Akteure vernetzen sollen. Eine SPD-geführte Landesregierung werde sich dieses Problems, das ein andauernder gesellschaftlicher Skandal sei, zügig und in seiner Gänze annehmen. Thorsten Schäfer-Gümbel sagte: „Wir haben nicht erst durch den Landessozialbericht 2018 wieder einmal vor Augen geführt bekommen, dass die Kinderarmut auch in einem vergleichsweise reichen Land wie Hessen ein reales Problem darstellt. Der Bericht hat eine detaillierte Bestandsaufnahme geliefert und zahlreiche Lösungen zur Bekämpfung von Kinderarmut aufgezeigt. Das heißt: Alles, was wir wissen müssen, liegt auf dem Tisch. Umso unverständlicher ist die Tatsache, dass CDU und Grüne eine tiefer gehende Diskussion des Landessozialberichts abgelehnt haben. Offensichtlich fehlt Schwarz-Grün jedes Gefühl für die Bedeutung und die Größe des Problems. Eine SPD-geführte Landesregierung wird nach der Wahl einen Kurswechsel



Sagen der Kinderarmut in Hessen den Kampf an: der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL (links), und der sozial- und familienpolitische Sprecher Gerhard Merz, MdL.

vollziehen und den Kampf gegen die Kinderarmut zu einem zentralen Thema der Sozialpolitik in Hessen machen.“ Gerhard Merz unterstrich, dass die SPD mit einem Maßnahmenpaket aus zehn Punkten dafür Sorge tragen wolle, dass Kinderarmut in Hessen erst gar nicht entstehen könne und dass sie dort, wo sie existiere, zurückgedrängt werde. „Die Unterstützung des Landes muss beispielsweise mit der Geburt des Kindes beginnen und bis zum Eintritt in die Berufsausbildung reichen. Dafür wollen wir Netzwerke aufbauen und etablieren, die auf lokaler und regionaler

Ebene angesiedelt sind. Diese sollen dauerhafte Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen von Land, Kommunen, öffentlichen und freien Trägern sowie privaten Initiativen beinhalten. Zum Kampf gegen Kinderarmut gehört übrigens auch die Gebührenfreiheit für alle Betreuungsarten, für alle Betreuungszeiten und für alle Altersgruppen. Denn die vollständige Gebührenfreiheit ist ein wichtiges Argument für die Familien, deren Kinder besonders unterstützt werden müssen, das Angebot zur Kinderbetreuung auch anzunehmen“, ergänzte Merz. ■

FOTO: GERT-UWE MENDE

## 10 Punkte gegen Kinderarmut

- Frühe Hilfen von Geburt an – „Netzwerke für Familie“ knüpfen
- Frühe Bildung stärken – Gebührenfreie Kita mit hoher Betreuungsqualität
- Kostenloses und gesundes Mittagessen
- Wohnortnahe Unterstützung und Begleitung – Familienzentren zügig ausbauen und nachhaltig finanzieren
- Kulturelle Teilhabe für alle – Benachteiligungen abbauen
- Sport integriert – Vereinsarbeit zur Unterstützung von Kindern aus benachteiligten Familien nutzen
- Erfolgreiche Programme der „Sozialen Stadt“ ausbauen
- Schule als Ort des Miteinanders stärken – dauerhafte und verlässliche Schulsozialarbeit
- Ehrenamtliches Engagement zur Armutsbekämpfung nutzen
- Dauerhafte Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen von Land und Kommunen, öffentlichen und freien Trägern und Initiativen

## ERNEUTE NIEDERLAGE VOR GERICHT

Ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Kassel hat der schwarz-grünen Landesregierung eine erneute Niederlage vor Gericht beschert. Das sogenannte Mindestabstandsgebot zwischen Spielhallen wurde gekippt. Die Auswahlkriterien zur Schließung von Spielhallen, die das von Minister Al-Wazir (Grüne) geführte Wirtschaftsministerium im Jahr 2016 den Kommunen übermittelt habe, seien laut Gericht „nicht sachgerecht“. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, nannte den Beschluss „peinlich für die schwarz-grüne Landesregierung“. „Das Urteil steht in einer Reihe von Entscheidungen durch Gerichte, die die schwarz-grüne Landesregierung in keinem guten Licht erscheinen lassen. Erst die Niederlage bei der Mietpreisbremse, dann die erfolgreiche Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen den Luftreinhalteplan, eine Niederlage bei der Konzessionsvergabe von Sportwetten und nun der Mindestabstand bei Spielhallen“, so Rudolph. ■

## MINISTER STIEHLT SICH AUS DER VERANTWORTUNG

Wegen der Insolvenz der Marburger Ionenstrahl-Betriebsgesellschaft MIT kam der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Hessischen Landtages zu einer Sondersitzung zusammen. Im Laufe der Ausschussberatung ist nach Auffassung der SPD-Abgeordneten Handan Özgüven erneut deutlich geworden, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung bei der Frage des Fortbestands der Ionenstrahl-Therapieanlage weiter aus der Verantwortung stehle. Özgüven sagte dazu: „Statt zu gestalten und konkrete Vorschläge zum Fortbestand zu liefern, nimmt der Minister die Rolle eines Schiedsrichters ein, der über allen Dingen schwebt. Die SPD will die me-



Handan Özgüven, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

dizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten und den Fortbestand der Partikeltherapie-Anlage in Marburg. Die Landesregierung begnügt sich mit einer Vermittlerrolle, ohne konkrete Vorstellungen über die Zukunft der Anlage zu haben.“ In der Sondersitzung habe Minister Rhein mit Hänchen und Würgen versucht, sich aus der Affäre zu ziehen. Bei der Diskussion des Dringlichen Berichtsantrags, bei dem es um die Frage des Fortbestands und der weiteren Schritte in Marburg ging, habe Rhein versucht, die Opposition zum Sündenbock für das arg in Bedrängnis gekommene Projekt zu machen. Nicht eine der in der Öffentlichkeit kursierenden Fragen und Gerüchte zur Zukunft wolle er bewerten, sagte der Minister. „Auch bei den konkreten Nachfragen zur Zukunft und den konkreten Lösungsvorschlägen, die er bei den Gesprächen vorlegen werde, hüllt er sich in Schweigen. Die Haltung des Ministers zeugt von der politischen Verantwortungslosigkeit, mit der die Landesregierung agiert. Der Betrieb der Anlage hätte längst stabilisiert werden können, wenn sich die Landesregierung verantwortlich gefühlt und es nicht allein den Gesellschaftern überlassen hätte“, sagte Handan Özgüven. ■

## VOLLSTUDIENPLÄTZE IN DER MEDIZIN

Die stellvertretende hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, hat mehr Engagement der Landesregierung bei der Schaffung von sogenannten Vollstudienplätzen in der Medizin gefordert. Die SPD habe wiederholt auf die Hinweise aus den Universitäten, den Krankenhäusern und der Kassenärztlichen Vereinigung reagiert und mehr Studienplätze gefordert. Die Schaffung von Vollstudienplätzen sei schon jahrelang möglich gewesen. CDU und Grüne hätten jedoch nicht darauf reagiert. ■

## SCHULDEN- MACHERIN CDU

Der 66. Bericht über die Schulden des Landes Hessen weist zum 31. Dezember 2016 Haushalts-schulden von 43,366 Milliarden Euro aus. Hinzu kommen Kreditverbindlichkeiten des Landes gegenüber der WI-Bank in Höhe von 2,5 Milliarden Euro. Diese Zahlen kommentierte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, mit den Worten, dass die CDU die „größte Schuldenmacherin im Land“ sei.



FOTO: FOTOLIA.COM – ACHIM SASS

„Damit liegt Hessen bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit 6.824 Euro fast 1.000 Euro über dem Durchschnitt der Flächenländer. Damit steht auch fest: Die CDU hat in ihrer Amtszeit die Schulden in Hessen nahezu verdoppelt und die Position Hessens im Ländervergleich deutlich verschlechtert“, sagte Schmitt. ■

# MIETENSTOPP FÜR FÜNF JAHRE



Der kommunale Wohnungsbau in Wien ist vorbildlich und sorgt für bezahlbare Mieten. Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB (Mitte), und Nancy Faeser, MdB (Links), haben sich in der österreichischen Hauptstadt informiert, welche Ideen übertragbar sind.

**H**essen braucht eine Mietenwende, das hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thorsten Schäfer-Gümbel, in der letzten Landtagsdebatte zur Wohnungspolitik vor der Wahl gefordert. „Deshalb wollen wir einen Mietenstopp für fünf Jahre in Bereichen mit angespannter Wohnungslage. Wir brauchen diese Auszeit für Mieterinnen und Mieter angesichts dramatisch steigender Mieten. In dieser Zeit müssen wir bauen, bauen und noch mal bauen. Wir brauchen eine echte Wohnungsbauoffensive, damit bezahlbarer Wohnraum für alle entsteht. Mein Ziel ist, dass niemand mehr als ein

Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben muss“, sagte Schäfer-Gümbel. Er warf Schwarz-Grün ein Scheitern bei der Wohnungspolitik vor. Die Mieten seien explodiert, die Anzahl der Sozialwohnungen habe sich in 19 Jahren CDU-Verantwortung halbiert, und im vergangenen Jahr seien nicht einmal 1.000 geförderte Wohnungen entstanden. Nicht einmal die rechtssichere Umsetzung der Mietpreisbremse sei gelungen. Die Wohnungspolitik sei die wichtigste soziale Frage. Deshalb stehe die SPD für den Bau von 30.000 geförderten Wohnungen in den nächsten fünf Jahren. ■



FOTOS: ASTRID KNE

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB, will die Wohnungspolitik in Hessen wieder zur Chefsache machen.

## GROSSE PROBLEME AN HESSISCHEN SCHULEN

**A**uf eine desaströse Schulpolitik nach 19 Jahren CDU-geführter Landesregierungen blickte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, zurück. Der Bildungsexperte warf der CDU vor, dass die hessische Schulpolitik „den Bach heruntergehe“. „Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Lehrkräfteverschleiß, Inklusionschaos und ein massiver Sanierungsstau an den Schulen. Das ist die Bilanz von 19 Jahren CDU-Regierungen in Hessen. Dass es um unser Bildungssystem nicht zum Besten steht, pfeifen zwar die Spatzen von den Dächern, aber Schwarz-Grün schaltet auf Durchzug“, sagte Degen. Nach einer neuen Studie räumten 13 der 16 Bundesländer Bildung eine höhere Priorität ein und investierten mehr in dem Bereich als Hessen. Die erteilten Unterrichtsstunden

pro Klasse betragen in der Sekundarstufe I, ohne Gymnasien, 35,7, während im Bundesdurchschnitt 39,2 Stunden unterrichtet werden. Hessen sei hier wiederum das



Christoph Degen, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Schlusslicht aller Bundesländer. Statt Vorschläge zu machen, wie die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften und Schulleitern verbessert, wie Schulen fit für die Zukunft gemacht und wie die Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung so gestärkt werden könne, dass sich die Situation an den Schulen verbessere, ignoriere und verwei-

gere sich der Kultusminister jeder Diskussion. Hessen sei mit einem wenig wissbegierigen Kultusminister „Ahnungslos“, der sich weder um die Gesundheit noch um die Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer schere, gestraft. Er erwarte von der Auswertung seiner eigenen Daten keine relevanten Erkenntnisse, wisse nichts über Unterrichtsausfall an den Schulen, und die Überlastungsanzeigen schiebe er an die Schulämter ab, die sie dort sicher in den Schubladen verwahren. „Der amtierende Kultusminister und die Regierungsfaktionen strapazieren unsere Nerven mit ihren Rekordmeldungen zur angeblichen Ganztagsbeschulung und Lehrerversorgung statt zu handeln und Lösungskonzepte vorzulegen. Die vielen Meldungen sind Ausdruck purer Hilf- und Planlosigkeit“, so Degen. ■

# STRASSENBEITRÄGE GANZ ABSCHAFFEN

**E**inen erneuten Versuch der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen hat die SPD-Fraktion unternommen. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wurde in das Parlament eingebracht. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs machte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, deutlich, dass die SPD sich weiterhin für die vollständige Abschaffung der sogenannten Straßenausbaubeiträge in Hessen einsetze. „CDU und Grüne haben unseren Gesetzentwurf vor einigen Monaten schon nach der ersten Lesung im Hessischen Landtag mit ihrer Mehrheit weggestimmt. Die Regierungsfraktionen haben damit politische Ignoranz und parlamentarische Arroganz in Vollendung vorgeführt. Trotzdem hat die SPD-Fraktion eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt. Wir haben die Anregungen daraus aufgenommen und den Gesetzentwurf ergänzt. Das Ergebnis stellen wir wieder zur Debatte. Denn die SPD möchte, dass keine Kommune



mehr Ausbaubeiträge erhebt. Die möglichen Einnahmeausfälle sollen mithilfe einer Investitionszuschuss in Höhe von 60 Millionen Euro ausgeglichen werden, die das Land den Kommunen zur Verfügung stellt. Diese Mittel werden dann nach der Länge der Gemeindestraßen verteilt. Das ist sinnvoll, sachgerecht und unbürokratisch. Und es stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft davor geschützt werden, sich mit Zehntausenden von Euro am kommunalen

Straßenbau beteiligen zu müssen.“ Die derzeitige Rechtslage, die es den Kommunen freistelle, Straßenausbaubeiträge zu erheben, führe in der Praxis dazu, dass finanzstärkere Kommunen auf die Beiträge verzichten könnten, während finanzschwächere Kommunen diese weiter erheben müssten, kritisierte Rudolph. Es könne nicht sein, dass Bürger unterschiedlich behandelt und mit Straßenausbaubeiträgen von mehreren Zehntausend Euro belastet würden. ■

## TOPSPIEL FÜR FRANKFURT

**A**ls Gastgeber der Fußball-Europameisterschaft der Herren im Jahr 2024 wird Deutschland wieder im weltweiten Fokus stehen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat die Entscheidung der UEFA begrüßt. Mit dieser Entscheidung steht auch wieder fest, dass Frankfurt als Spielort fungieren wird. Das sei eine tolle Entscheidung für Deutschland und auch für den Sport im Land. Nach der WM 1974, der EM 1988 und der WM 2006 dürfe sich Frankfurt wieder auf Länderspiele im Rahmen eines Turniers freuen. Schäfer-Gümbel brachte zudem das Frankfurter Stadion für eine Topbegegnung ins Spiel: „Als Ausgleich für die unverständliche Entscheidung des Deutschen Fußball Bundes kürzlich gegen Frankfurt wäre es nur angemessen, eines der Topspiele der EM 2024 nach Frankfurt zu bringen“, sagte Schäfer-Gümbel und ergänzte: „Wie wäre es mit einem Halbfinale oder sogar dem Finale?“ Er werde sich auf jeden Fall dafür einsetzen. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

FOTO: PIETRO SUTERA

## ZIVILCOURAGE WICHTIGER DENN JE

**M**ehr Zivilcourage angesichts der Zunahme der Anfeindungen innerhalb der Gesellschaft forderte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nancy Faeser. Die SPD stehe für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft. „Wir nehmen nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihrer Sprache, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität, ihrer Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt sind. Wir nehmen auch nicht hin, dass rechtsextreme Parolen lauter werden, dass Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zunehmen, dass politisch-religiöser Extremismus zunimmt bis hin zu terroristischen Anschlägen“, so die Innenexpertin. Dieser Tage sei mehr denn je aber auch die Zivilcourage jedes Einzelnen gefragt, da unsere demokratischen weltoffenen Errungenschaften in Gefahr seien. Man müsse insbesondere der AfD etwas entgegensetzen. ■



Nancy Faeser, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

## KEINE UNTERSCHIEDE BEIM EHRENAMT

**D**ie Frage des Respekts und der Anerkennung von ehrenamtlich Tätigen hat die SPD-Landtagsfraktion in der letzten Plenarwoche des Hessischen Landtags auf die Tagesordnung gesetzt. Der Parlamentarische Geschäftsführer, Günter Rudolph, hat in der Debatte die CDU vor der Einführung eines Ehrenamts erster, zweiter und dritter Klasse gewarnt. Rudolph sagte dazu: „Der erneut von Ministerpräsident Bouffier geäußerte Vorschlag, 15.000 Besitzerinnen und Besitzern der sogenannten Ehrenamts-card das Landesticket kostenlos zur Verfügung zu stellen, grenzt Hunderttausende von ebenfalls ehrenamtlichen Tätigen weiterhin aus. Nachdem bereits der erste Vorschlag von Herrn Bouffier vor einigen Wochen heftig umstritten war und die öffentliche Reaktion deutlich machte, dass man ehrenamtlich Tätige nicht so unterschiedlich bewerten kann und soll, wie es die CDU tut, hat der Ministerpräsident seinen Vorschlag erneuert. Dies wird den Hunderttausenden ehrenamtlich Tätigen nicht gerecht.“ ■



Günter Rudolph, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

## WEITERHIN LAUT

Nach dem Willen des hessischen Wirtschaftsministers Al-Wazir soll ein 7-Punkte-Plan für mehr Nachtruhe am Frankfurter Flughafen sorgen. Der flughafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, nannte den Plan „unglaublich und ein Zeichen der Hilflosigkeit des Ministers beim Thema Lärmschutz“. Der Plan sei schlicht und ergreifen dem Wahlkampf geschuldet. „Keine sechs Wochen vor der Landtagswahl zaubert der Minister einen 7-Punkte-Plan aus dem Hut, mit dem er nun aber wirklich für mehr Nachtruhe am Frankfurter Flughafen sorgen wolle. Fakt ist: Herr Al-Wazir hatte fast fünf Jahre Zeit, eben dieses zu tun, geschehen ist jedoch nichts – im Gegenteil: Die Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen in den sogenannten Nachtrandstunden haben enorm zugenommen. Wer das Ziel, die Entlastung der Anrainer des Frankfurter Flughafens von Lärm in fast fünf Jahren nicht auf die Reihe bekommen hat, dem wird dies in den letzten sechs Wochen vor der Wahl auch nicht gelingen“, konstatierte Weiß. ■



Marius Weiß, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

# CDU MITVERANTWORTLICH FÜR FAHRVERBOTE

Eine Vermeidung von Diesel-Fahrverboten in Frankfurt hat für die SPD höchste Priorität. „Die CDU hat die Probleme verschlafen“, bekräftigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Er erinnerte daran, dass die SPD in Hessen frühzeitig auf das Problem

drohender Fahrverbote hingewiesen und seit Langem eine Nachrüstung auf Herstellerkosten eingefordert habe. Die CDU hingegen habe sich lange gegen Diesel-Nachrüstungen gesperrt und damit die Lage verschärft. „Die Landesregierung ist überhaupt erst wach geworden, als

es zu spät war und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts unmittelbar bevestand“, kritisierte Schäfer-Gümbel. „Eine SPD-geführte Landesregierung wird alles tun, um die Luftqualität zu verbessern und Fahrverbote zu verhindern. Die SPD Hessen wird nach der Regierungsübernahme unverzüglich einen neuen Luftreinhalteplan vorlegen, der die Atemluft schnell und effektiv verbessert. Dieser Plan muss die Fördermaßnahmen der Bundesregierung so umsetzen und ergänzen, dass es 2019 keine Fahrverbote in Hessen gibt“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Die schwarz-grüne Landesregierung von Ministerpräsident Bouffier habe einen Luftreinhalteplan vorgelegt, der vom Gericht als unzureichend bewertet wurde. „Es sind die Besitzerinnen und Besitzer von Dieselaautos in und um Frankfurt, die jetzt die gesetzgeberische Unfähigkeit der amtierenden Landesregierung ausbaden müssen“, sagte Schäfer-Gümbel. Die CDU versäume seit Jahren, den Verkehr in den Städten zu modernisieren, und verschleife die Weichenstellungen für die Zukunft. ■



Überzeugten sich selbst, wie eine Hardware-Nachrüstung in der Praxis funktioniert: Bundesumweltministerin Svenja Schulze und Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL.

FOTO: ELVEDIN GOLJICA



Heike Hofmann, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

## FRAGWÜRDIGE ENTSCHEIDUNG

Der Rechtspolitische Ausschuss des Hessischen Landtags hat in einer Sondersitzung über das außergewöhnlich langwierige Ermittlungsverfahren gegen den Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Walter Arnold, debattiert. Laut der rechts- und justizvollzugspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, teilte das Justizministerium mit, dass die zuständige Dezernentin, die aufgrund ihrer großen Expertise mit dem Verfahren gegen Arnold befasst gewesen sei, etwa ein Jahr vor der drohenden Verjährung in Abstimmung mit dem Ministerium für ein halbes Jahr abgeordnet wurde. „Es soll nun eine Abschlussverfügung in Vorbereitung sein. Wir fragen uns jedoch, wann diese mit besserer personeller Unterstützung und ohne Abordnung der Dezernentin vorgelegen hätte“, so Hofmann. ■

## CHANCE VERSPIELT

Als „bestenfalls unambitioniert“ gehe die Landesregierung an die Modernisierung der Verwaltung heran. Diese Einschätzung vertrat der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert, zur Diskussion um das „E-Government-Gesetz“. „Die SPD will, dass Hessen die Nummer eins in Deutschland beim Thema E-Government wird. Hessen soll dabei von Unternehmen, Start-ups und digitalen Bürgerinitiativen lernen und sich das Ziel stecken, alle Verwaltungsvorgänge für den Bürger online verfügbar zu machen.

Von diesem Ziel bleibt die Landesregierung weit entfernt. Was die Regierung vorgelegt hat, erreicht nicht einmal die Standards, die selbst in finanziell schwächer aufgestellten Bundesländern schon lange gelten.“ Eckert betonte, dass ein gut gemachtes E-Government innerhalb der Behörden im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern die Prozesse verbessern, effizienter gestalten und Transparenz schaffen könne. Es bleibe allein die Frage, wieso eine Landesregierung eine komplette Legislaturperiode von fünf Jahren brauche, um am Ende einen wirklich schlechten Gesetzentwurf vorzulegen. ■

## KEINE ORDNUNGSGEMÄSSE VERGABE

Nach mehreren Sitzungen des Untersuchungsausschusses des Hessischen Landtags, der untersuchen soll, ob Auftragsvergaben unter Verstoß gegen die Vorschriften des Vergaberechts erfolgten, und zwar bei der Beschaffung der Analysesoftware „Gotham“ der Firma Palantir Technologies, kommt der Obmann der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, zu dem Zwischenergebnis, dass eine ordnungsgemäße Auftragsvergabe nicht stattgefunden habe. Dabei stützt sich Schmitt auf ein aktuelles Gutachten. „Aufgrund der Ergebnisse des Gutachtens eines vom Untersuchungsausschuss einstimmig bestellten Gutachters ist die vonseiten des hessischen Innenministeriums wiederholt getätigte Aussage, neben Palantir sei kein anderes Unternehmen in der Lage gewesen, vergleichbare Leistungen zu erbringen, mit der Veröffentlichung dieses Gutachtens wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen“, so Schmitt. Mindestens drei weitere Unternehmen hätten zum Zeitpunkt der Gutachterstellung durch eine vom Ministerium bestellte Anwalts-Kanzlei und damit auch zum



Norbert Schmitt, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Zeitpunkt der Marktanalyse durch das Ministerium, vergleichbare Produkte anbieten können. Er ist bei der Begutachtung in gleicher Weise vorgegangen, wie das Ministerium im Rahmen seiner Marktanalyse, nämlich durch Vergleich öffentlich zugänglicher Informationen. „Damit erhärtet sich unser Verdacht, der sich durch die Aussagen des Büroleiters des Innenministers bereits in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses herauskristallisierte: Durch die Vorfestlegung des Ministers war die Verwaltung des Ministeriums bereits auf Palantir ausgerichtet, obwohl es andere Anbieter gab, wie das Gutachten gezeigt hat. Der Minister wollte Palantir und das um jeden Preis“, sagte Schmitt.

„Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass in der Zeit, in der die Marktbeobachtung einzelner Unternehmen stattfand, die laut dem unabhängigen Experten ganz anders hätte ausfallen müssen, sich Innenminister Beuth höchstpersönlich mit dem Chef eines der zu überprüfenden Unternehmen trifft, und zwar genau mit dem Chef des Unternehmens, das schon den Zuschlag im Rahmen der vorgeschalteten dringlichen Vergabe erhalten hatte. Kein Mensch kann bei Zugrundelegung dieses Sachverhalts noch davon ausgehen, dass es bei diesem Vergabeverfahren mit rechten Dingen zugeht“, sagte der SPD-Politiker. ■

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)  
Dr. Wilfried Lamparter  
Michael Fraenkel  
Gerfried Zluga  
Isabel Neumann  
Martina Häußl-David  
Willy Witthaut  
Elvedin Goljica

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1–3  
65183 Wiesbaden